

# Keine Steuersenkung für Milliardäre!

Im November wurde bekannt, dass die Städte Mainz, Idar-Oberstein und Marburg enorme Gewerbesteuerzahlungen zu erwarten haben. Grund: in allen drei Städten befinden sich Niederlassungen der Biontech AG, die hauptsächlich Corona-Impfstoffe produziert. Allein in den ersten 9 Monaten des Jahre 2021 machte das Unternehmen Gewinne von über 7 Mrd. Euro. Durch die Gewerbesteuereinnahmen erzielt Mainz einen Haushaltsüberschuss von mehr als 1 Mrd Euro. In Marburg kommen nach Aufteilung der Gewerbesteuer auf die drei Städte 370 Mio. Euro an und weitere 200 Mio. Euro 2022. Für das nächste Jahr waren bisher Gewerbesteuereinnahmen von lediglich 110 Mio. Euro geplant.

Nachdem Mainz den sog. Hebesatz der Gewerbesteuer auf 310 Punkte gesenkt hat, sollen auf „Wunsch“ von Biontech auch Marburg und Idar-Oberstein folgen. Der Magistrat ist bereit, den Hebesatz von 400 auf 357 zu senken. Die Marburger Linke lehnt dies ab.

## Woher kommt die Millionen aus der Gewerbesteuer?

Biontech wird 2021 vor allem durch den Verkauf ihres Corona-Impfstoffes vermutlich einen Umsatz von 16-17 Mrd. Euro und ca. 10 Mrd. Euro Gewinn machen. Das ist aber kein Grund, die Gewerbesteuer zu senken und die Ausschüttung an die Aktionär:innen weiter zu erhöhen – im Gegenteil. Profitieren würden dadurch vor allem die Brüder Strüngmann, denen fast die Hälfte der Biontech-Aktien gehört und die dadurch zu den 150 reichsten Menschen der Welt zählen.

Dass durch die Gewerbesteuer wenigstens ein kleiner Teil dieser Gewinne einem vernünftigen Zweck zugeführt werden kann, ist ein schwacher Trost. Besser wäre es, wenn diese dazu dienen würden, bedürftigen Staaten Impfdosen zum Herstellerpreis zur Verfügung zu stellen.

Die auch für die Branche enorm hohe Gewinnspanne von Biontech ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Dies sind einmal die Grundlagenforschung an den öffentlichen Universitäten und die öffentlichen Mittel, mit denen in kurzer Zeit die Herstellung eines Impfstoffs möglich wurde. Am Pharmastandort in Marburg stehen zudem hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung, was für die Standortentscheidung von Biontech sicherlich ein wesentlicher Faktor war. Angesichts der Knappheit an Covid-19-Impfstoffen konnte Biontech gegenüber der EU einen Verkaufspreis durchsetzen, der die Kosten um ein Mehrfaches übertrifft.

Biontech hat sich bislang nicht bereit erklärt, wenigstens befristet Patente und Lizenzen für die Produktion von Impfstoff in ärmeren Ländern freizugeben. Außerdem wurden anscheinend von der Bundesregierung Ausgleichszahlungen für die Verschenkung überzähliger Impfdosen an ärmere Länder verlangt.

## Wer profitiert von einer Senkung der Gewerbesteuer?

Von der Senkung des Hebesatzes auf 357 Punkte profitieren keineswegs, wie behauptet, alle Unternehmen, sondern nur die, die es am wenigsten nötig haben. Wem es gut geht, wer also viel Gewinn macht, wird von einer Absenkung am meisten profitieren. Diejenigen ohne Ertrag oder mit einem Ertrag unter 24.500 Euro zahlen überhaupt keine Gewerbesteuer. Das sind 84 % aller aktiven Gewerbe. Von den restlichen haben nur die AGs und GmbHs etwas davon, weil bei Einzel- und Personenunternehmen eine geringere Gewerbesteuer zu einer höheren Einkommenssteuer der Inhaber:innen führt. Nutzen hat vor allem das halbe Dutzend großer Firmen aus der Pharmabranche und die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) der Pohl-Milliardäre, die vor allem CDU und FDP mit reichlich Spenden versorgt. Schon 2014 kamen fünf Unternehmen für mehr als vier Fünftel der Gewerbesteuern auf.

## Wohin fließen die Gewerbesteuereinnahmen?

Von den zusätzlichen 370 Mio. Euro bleibt nur etwa ein Drittel in Marburg. Der Rest fließt an den Kreis, das Land und den Bund. Senkt man den Hebesatz, bedeutet das nicht, dass dann weniger Geld abfließt, sondern nur, dass in Marburg weniger verbleibt. Statt 200 Mio. Euro wird Biontech dann nur noch 178,5 Mio. Euro bezahlen. 21,5 Mio. Euro werden weniger in Marburg verbleiben. Und dazu kämen noch Verluste von über 10 Mio. Euro der anderen Gewerbesteuerzahler:innen.

## Steueroase Marburg

Der Hebesatz der Gewerbesteuer ist heute in Marburg mit 400 Punkten so niedrig wie vor 35 Jahren. Glaubt man der CDU/FDP-Fraktion, aber auch SPD und Grü-

nen, ist eine Absenkung des Hebesatzes nicht nur gut für den Wirtschaftsstandort, sondern nutzt allen Unternehmen und besonders denen, die durch die Corona-Krise gebeutelt sind.

Ein Faktencheck zeigt, dass das nicht stimmt. Unter Oberbürgermeister Hanno Drechsler (SPD) war der Hebesatz 1986 von 340 auf 400 Punkte erhöht worden. Damit lag man 44 Punkte über dem damaligen Durchschnitt vergleichbarer Städte.

Es kam aber nicht zu Arbeitsplatzverlusten, sondern das Gegenteil trat ein. Die Chemische Industrie (fast ausschließlich der Pharmastandort Behringwerke), deren Anteil am Gewerbesteueraufkommen 2007 drei Viertel ausmachte, vergrößerte ihre Beschäftigtenzahl in Marburg von 1980 bis 1993 um 39,3 Prozent auf 3.289 Personen.

Der Hebesatz in den vergleichbaren Städten ist bis 2021 auf durchschnittlich 430 Punkte gestiegen, während er in Marburg bei 400 blieb. Im Jahresabschluss 2013 der Stadt Marburg hieß es 2016, dass das Niveau "trotzdem noch im Bundesvergleich der Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern als sehr niedrig einzuschätzen" sei. Es gibt also keinen Grund, es abzusenken.

Die Weigerung der anderen Fraktionen, den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen, wie das die Marburger Linke seit Jahren fordert, wird auch mit dem internationalen Steuerwettbewerb begründet.

Auch dieses Argument hält einer Überprüfung nur bedingt stand. Entgegen den Wehklagen etwa des bislang größten Steuerzahlers CSL Behring, dass Marburg im internationalen Wettbewerb um Investitionsanreize im Hintertreffen sei, zeigen die Geschäftsberichte des in Australien, Großbritannien, der Schweiz, den USA und in Marburg produzierenden Konzerns, dass besonders hohe Profite – auch nach Steuern – in Marburg eingefahren werden konnten.

CSL Behring war mit einem Gewinn von 429 Mio. Euro (Geschäftsjahr 2019/20) am Standort Marburg mit ziemlicher Sicherheit der größte Gewerbesteuerzahler in unserer Stadt. Vergleicht man die Ertragslage und die Steuerbelastung des Gesamtkonzerns CSL mit denen der Niederlassung in Marburg, spricht beides (aus Sicht der Aktionär:innen) für den hiesigen Standort. Während in Marburg 2020 15,7 Prozent des Gewinns an Steuern bezahlt wurden (vorwiegend Körperschafts- und Gewerbesteuer) waren es im Gesamtkonzern 18,3 Prozent.

Mag zwar sein, dass Biontech durch die Steuersenkung in Mainz ihren Aktionär:innen einige Millionen Euro zusätzlich zukommen lassen kann, aber deshalb wird es sein Werk in Marburg nicht dicht machen, da Personal und die vorhandene Pharma-Infrastruktur

kaum zu ersetzen sind. Und selbst wenn Biontech weniger in Marburg investieren würde, wären die Gewerbesteuererinnahmen noch immer um einiges höher als in allen Jahren zuvor.

### **Was werden die Nachbargemeinden sagen?**

Nicht grundlos kritisiert man den internationalen Steuerwettbewerb, bei dem Länder wie Luxemburg, Irland oder die Niederlande durch niedrige Steuern versuchen, auf Kosten anderer Staaten Investitionen anzulocken. Nichts anderes würde Marburg betreiben, wenn die Gewerbesteuer gesenkt wird.

Das wäre nicht nur sehr unsolidarisch unseren direkten Nachbargemeinden, sondern auch Gießen und Wetzlar gegenüber. Sie sind nicht in der Lage, ihre Steuersätze, die zum Teil über denen Marburgs liegen, ebenfalls zu senken, da sie nicht von einer plötzlichen Gewinnexplosion einer ihrer Firmen profitieren.

### **Was tun?**

Leider verfügt die Fraktion der Marburger Linken nicht über ausreichend Mandate, um eine Mehrheit für eine Senkung des Hebesatzes zu verhindern, zumal CDU und FDP in dieser Frage SPD und Grünen zu Hilfe eilen würden.

Dennoch wird unsere Fraktion einstimmig gegen eine Absenkung votieren.

Allerdings befindet sich die Fraktion, was die Abstimmung über den Gesamthaushalt angeht, der die Grundlage für die Koalition bildet, in einem Dilemma. Stimmt sie für den Gesamthaushalt, segnet sie die Gewerbesteuersenkung ab. Stimmt sie gegen den Haushalt, ist die Koalition beendet, und die im Koalitionsvertrag enthaltenen Punkte, die auf Vorschläge der Marburger Linken zurückgehen, sind gefährdet.

Bereits im jetzigen Haushalt sind die Mittel vorgesehen, einen Nulltarif im Nahverkehr für alle Menschen in Hartz IV, Grundsicherung oder mit geringem Einkommen einzurichten. Ein solches Recht auf Mobilität für Arme, wäre einmalig in Deutschland.

**MARBURGER LINKE.**

Elisabethstr. 9, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

E-Mail: [info@die-linke-marburg.de](mailto:info@die-linke-marburg.de)

[www.die-linke-marburg.de](http://www.die-linke-marburg.de)

V.I.S.d.P.: Nico Biver, Hirtengarten 6, 35043 Marburg